

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

41. Woche für die Zeit vom 10. bis 16. Oktober 1902.

Posen, den 21. Oktober 1902.

B e r i c h t

über die zum 14. Oktober er., Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr nach dem Genossenschaftshause, Wilhelmplatz 18, einberufene öffentliche Versammlung.

Der Vorsitzende des alten Industrievereins, Kuzaj eröffnete um 9 Uhr die von 42 Personen besuchte Versammlung. Als Schriftführer fungirte der Anmelder der Versammlung, Kaufmann Zablocki.

Redner erwähnte zunächst, daß die Versammlung polizeilich angemeldet worden und daß ein Vertreter der Polizei anwesend sei.

Hierauf führte er kurz die Vortheile für und die Bedenken gegen eine Ausstellung an.

Schon seit längerer Zeit sei in einem Verein der Vorschlag der Veranstaltung einer polnischen Gewerbeausstellung in Posen gemacht worden, und auch aus der Provinz seien aus dem Kreise der Industriellen gleiche Stimmen laut geworden; es unterliege keinem Zweifel, daß sich an einer solchen Ausstellung Industrielle, Handwerker, Unternehmer und Kaufleute aus der Stadt, Provinz und Umgegend zahlreich theilnehmen würden. Doch sei zu überlegen, daß, trotz Bejahung der Frage hinsichtlich der Nothwendigkeit der Veranstaltung einer solchen Gewerbeausstellung, diese neben den Vortheilen auch gewisse Umstände und Schwierigkeiten mit sich bringe. Die Vortheile seien wohl die Hebung der Industrie und des Handwerks und die praktische Bethätigung des eigenen Könnens, das sonst bei dem Handwerker wenig zur Geltung komme, da ihm hierzu die Gelegenheit fehle. Ferner sei es ein Ansporn zur Förderung des Bestrebens, auf dem Gebiete der Industrie vorwärts zu kommen und mit den anderen etwa gleichen Industriebezirken Schritt zu halten. Der Handwerker sehe bei seinem Nebenmann bessere Waare und dieser sehe die praktischere Verarbeitung der Rohstoffe, so daß einer von dem andern lerne, weshalb einem Jeden ein größerer Kundenkreis in Aussicht stehe. — Die Schwierigkeiten, mit denen die Ausstellung wird zu rechnen haben, werden jedoch bedeutende sein. Auf eine Unterstützung von der Stadt, dem Kreise oder der Provinz sei nicht zu rechnen; auch dürfe wohl in Erwägung gezogen werden, daß ein guter Platz umentgeltlich nicht zu erlangen sein wird. Ob anderweit der Ausstellung Subventionen zufließen werden, sei fraglich. Redner fordert nochmals auf, genau alles Für und Gegen zu erwägen. Sollte jedoch der Gedanke wegen Veranstaltung einer Ausstellung Bethätigung finden, so fordere er auf, daß Jeder einen Stein zu dem Bau liefere und das Unternehmen unterstütze und zwar nicht nur mit Worten.

Alsdann erwähnt Redner, daß an 14 Vereine Anfragen hinsichtlich der Veranstaltung einer Gewerbeausstellung mit dem Ersuchen ergangen sind, zu der heutigen Versammlung je 3 Delegirte zu entsenden. Zu seiner Zufriedenheit habe er konstatiert, daß dem Ersuchen fast vollaus genügt worden sei.

Seit fünfzig Jahren hätten die Polen keine Ausstellung veranstaltet, die letzte im Jahre 1851 in Posen. Hierauf verliest Redner aus einer polnischen Druckschrift einen Bericht über diese Ausstellung, insbesondere die Namen der Aussteller und

der Preisrichter, sowie die Eintheilung der einzelnen Gruppen.

In den den 14 Vereinen zugesandten Rundschreiben seien 3 Fragen enthalten, über deren Beantwortung sich die Vereine schlüssig machen und ihre hierher entsendeten Delegirten zur Abstimmung in der von den Vereinen gewünschten Weise mit Anweisung versehen sollten.

Der Versammlungsleiter stellt nunmehr die in dem Rundschreiben enthaltene erste Frage:

„Liegt die Nothwendigkeit für die Veranstaltung einer Gewerbeausstellung in Posen im Prinzip vor?“

zur Diskussion.

Kaufmann Otmianowski als Vertreter der Korporation der polnischen Kaufleute theilt mit, daß sich in seinem Verein eine lebhafte Debatte hierüber entwickelt habe. Zahlreich seien die Gegner gewesen, welche die hohen Kosten, Mangel an Kapitalkraft seitens der Theilnehmer, Mangel an Subventionen und die 2 schlechten Erntejahre der Landwirthschaft erwähnten. Schließlich habe man sich für die Bejahung der ersten Frage entschlossen.

Chociszewski, Wendlewski, Stolpe, Lissowski, Krause und Nawrocki theilen mit, daß ihre Vereine für die Bejahung der ersten Frage sich entschlossen haben.

Stolpe (Industrieverein St. Lazarus) theilt mit, daß sein Verein dafür sei, daß eine solche Ausstellung nicht alle 50, sondern alle 10 Jahre stattfinden müsse.

Die Abstimmung ergiebt, daß alle Anwesenden für die Bejahung der ersten Frage stimmen.

Bisak Fischbach enthält sich der Abstimmung, da er in der Versammlung seines Vereins nicht anwesend gewesen und aus seinem Verein ein Abgeordneter hier nicht anwesend sei.

Der Vorsitzende stellt alsdann die zweite Frage:

„Soll die Ausstellung den Charakter einer Lokalausstellung tragen oder sollen auch Aussteller aus der Provinz und Umgegend zugelassen werden?“

zur Diskussion.

Stolpe erklärt, daß sein Verein dafür sei, daß die Ausstellung für alle polnischen Gebiete, also auch für die außerhalb der Grenze, offen sein soll.

Meyer, Chociszewski, Grajowski, Raminski, Otmianowski verlangen Zulassung der Provinz Posen, Krause beantragt Zulassung von Ausstellern aus ganz Preußen.

Bei der Abstimmung wird für eine Ausstellung mit dem Charakter einer Lokalausstellung keine Stimme abgegeben; dagegen wird einstimmig beschlossen, eine Ausstellung zu veranstalten, zu der im Prinzip Aussteller aus der Provinz Posen, aber auch solche aus den Nachbargebieten zugelassen werden sollen.

In der Diskussion über die dritte Frage:

„Soll die Ausstellung ausschließlich eine Industrie- und Gewerbeausstellung (einschließlich

landwirthschaftliches Gewerbe) sein, oder sollen auch landwirthschaftliche Erzeugnisse und lebendes Inventar zugelassen werden?"

sind Otmianowski, Stolpe, Krause, Grajkowski, Wensowicz, Wrzesnicki, Biskupski für die Zulassung der Erzeugnisse der Landwirthschaft einschließlich lebenden Inventars. Ignatowicz ist für Zulassung der Erzeugnisse der Landwirthschaft, jedoch ohne lebendes Inventar. Wendlewski verlangt, eine Begrenzung der Gewerbearten nicht zuzulassen. Nawrocki verlangt, daß zu der Ausstellung nur das Handwerk zugelassen werde. Krause schlägt vor, sich an alle Vereine der Provinz, auch an die landwirthschaftlichen, zu wenden, welche wohl alle das Unternehmen auch mit Geldmitteln unterstützen würden; auch gäbe es reiche Polen in der Provinz, von denen Subventionen zu erwarten seien.

Die Abstimmung ergiebt, daß alle Anwesenden für die Veranstaltung einer Industrie- und Gewerbeausstellung unter Zulassung landwirthschaftlicher Erzeugnisse einschließlich lebenden Inventars sind.

Der Elektrotechniker Biskupski meint, man müsse auch die Frage aufwerfen, ob die Veranstaltung der Ausstellung behördlich wird gestattet werden.

Nach einer längeren Debatte wird beschloffen, ein Komitee zur Vornahme weiterer Schritte vorläufig noch nicht zu wählen, vielmehr die Leitung der Angelegenheit noch dem Kuzaj und dem Kaufmann Zablocki zu überlassen, da die Anwesenden von ihren Vereinen nicht autorisirt worden sind, bei der Wahl des Komitees verbindliche Stimmen abzugeben.

Kuzaj meint, daß in etwa 14 Tagen die nächste Versammlung stattfinden werde.

Von der Geistlichkeit war außer dem Vikar Fischbach der Vikar Schulz anwesend. Von der polnischen Intelligenz war Niemand erschienen.

Um 10¹/₂ Uhr wurde die ruhig verlaufene Versammlung nach 1¹/₂stündiger Dauer geschlossen.

Hansch,
Kriminal-Polizeikommissar.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 41 der Praca
vom 12. Oktober 1902:

Zur neuen deutschen Reichstagsession.

Am 14. d. Mts. tritt der deutsche Reichstag von neuem zusammen; in etlichen Tagen werden sich also auch unsere Abgeordneten wiederum nach Berlin begeben, um daselbst inmitten der Vertreter des ganzen deutschen Reiches für unsere polnischen Angelegenheiten und Interessen auf der Wacht zu stehen. Es ist das nicht gerade eine neue, sondern lediglich die Fortsetzung der vorigen, vor einigen Monaten unterbrochenen Session, die jedoch ein neues Feld für die Arbeiten, Sorgen und Kämpfe der Abgeordneten öffnet. Es wird daher nicht nur am Plage sein, einiges über die Abgeordneten zu sagen, sondern auch Betrachtungen anzustellen, die sich nicht allein uns, sondern auch der Mehrheit unserer Gesamtheit aufdrängen.

Bei manchen deutschen Parteien besteht die Gewohnheit, während der Sommermonate, also in der Zeit zwischen der einen und der anderen Session des Reichstages und des Landtages, Hauptversammlungen der Parteien abzuhalten, an denen sich alle diejenigen betheiligen können, welche sich für die öffentlichen Angelegenheiten und die Aufgaben ihrer Parteien lebhafter interessieren. In diesen Versammlungen kommen jegliche Angelegenheiten zur

Sprache — und das Ergebnis der Beratungen über dieselben ist gewissermaßen ein Fingerzeig für die Abgeordneten, nach welcher Richtung hin und in welcher Weise sie in den gesetzgeberischen Körperschaften wirken sollen. Solches thut namentlich folgende Parteien: Das Zentrum, die Sozialdemokraten und Freisinnigen, und sie fahren gut dabei. Auch für uns wäre es ohne Zweifel von Vortheil, vor jeder neuen Reichstagsession solche Beratungen zu pflegen. Was gilt's, wenn wir umsonst dazu auffordern, wenn gerade in unseren Abgeordnetenkreisen ein solches Zusammengehen mit der Allgemeinheit nicht für nöthig erachtet wird! Schon aus diesem Grunde sollten es uns die Abgeordneten nicht übel nehmen, wenn ihnen die Presse manchmal Fingerzeige ertheilt und Wünsche auf den Weg mitgiebt.

Der deutsche Reichstag befaßt sich nur selten mit unseren Spezialangelegenheiten; der größere Theil derselben gehört vor das Forum des Landtags. Doch auch im Reichstage fehlt es nicht an Gelegenheit, unsere gerechten Klagen und Forderungen vorzubringen, man muß aus dieser Gelegenheit nur in gehöriger Weise Nutzen ziehen. Bisher ist dies, was sogar manche Abgeordnete zugestehen, nicht im rechten Maße geschehen; möge uns daher diese neue Session nach dieser Richtung hin eine Aenderung zum Guten bringen. Dies wird zum großen Theile von dem Präsidium unserer Fraktion abhängen.

Wir brauchen an dieser Stelle nicht zu betonen, daß wir mit unserer ganzen Gesamtheit die Arbeit und die Verdienste des gegenwärtigen Vorsitzenden unserer Fraktion, des Fürsten Ferdinand Radziwill, hochschätzen. Aufrichtige Dankbarkeit gebührt dem Nachkommen des großen Geschlechts dafür, daß er den Strapazen und Beschwerlichkeiten, welche die Pflichten eines Abgeordneten mit sich bringen, nicht aus dem Wege geht, sondern dem Volke mit seinen Fähigkeiten gern zu Diensten ist. Trotzdem müssen wir hier die Frage berühren, ob angesichts der heute veränderten Verhältnisse und der gewissermaßen neuen Situation unserer Gesamtheit Fürst Radziwill weiterhin die Pflichten eines Vorsitzenden der polnischen Fraktion wird in der Weise erfüllen können, wie es die große Mehrheit unserer Allgemeinheit verlangt? Der Fürst gehört der älteren Generation unserer „Staatsmänner“ an, mit seinen Traditionen und Ansichten befindet er sich noch in einer Aera, die nie wiederkehren wird, in einer Aera, in welcher man eine Aenderung der preussisch-deutschen Politik zu unserem Vortheil für möglich erachtete und wo man einer solchen eventuellen Möglichkeit unsere Politik anpaßte. In dieser Aera waren auch die Bedingungen unserer parlamentarischen Aktion andere als heute. Wir stützten dieselbe hauptsächlich auf das Zentrum, bauten auf dessen Hilfe und Unterstützung. Heute gehört auch das der Vergangenheit an. Vielleicht liegt die Zeit nicht fern, wo das Zentrum auf die Seite unserer Feinde tritt, und in die Fraktion neue Elemente einreten werden und man auf völlig neue Grundpfeiler die Thätigkeit der Fraktion wird stützen müssen. Graute Leute ändern nicht gerne die Ansichten und Methoden ihrer Thätigkeit, deshalb ist die Befürchtung gerechtfertigt, ob Fürst Radziwill imstande sein wird, den Forderungen der neuen Aera nachzukommen. Es unterliegt auch nicht dem geringsten Zweifel, daß auf den Trümmern unserer bisherigen polnischen Adelspolitik eine neue, national-demokratische Politik entstehen wird. Das Alles drängt formell auch zur Aenderung in der Leitung der Reichstagsfraktion.

Wir verhehlen es auch nicht, daß die Betheiligung des Fürsten an den Posener Festlichkeiten die

Mehrheit unserer Gesamtheit für ihn übel gestimmt hat. Wir sind weit davon entfernt, den Fürsten für diese Beteiligungs zu verurtheilen; wir wissen recht gut, daß dies seine persönlichen und familiären Verhältnisse erforderlich gemacht haben. Die Allgemeinheit kann darauf jedoch nicht achten, sie kann damit nicht rechnen. Die Allgemeinheit muß von dem Vorsitzenden ihrer parlamentarischen Vertreterschaft verlangen, daß er die Würde und Pflichten ihrer Stellung höher stelle als seine persönlichen und Familienverhältnisse. Die Würde des Vorsitzenden der polnischen Fraktion dagegen verlangte es, an diesen Festlichkeiten keinen Antheil zu nehmen. Es sind das Sachen, welche sich absolut nicht in Einfluß bringen lassen. Wenn der Fürst selbst zu der Erkenntnis kommen würde, daß er heute die Pflichten eines Vorsitzenden unserer Fraktion nicht mehr erfüllen kann, daß sie anderen, jüngeren Händen aufgelegt werden müßten — so würde ihm unsere Allgemeinheit sehr dankbar dafür sein, und sie würde seine früheren Verdienste desto mehr zu schätzen wissen.

Es wäre für unsere Sache durchaus nicht zum Nachtheile, wenn unsere Fraktion in dieser neuen Session schon unter einem neuen Führer kämpfen würde, unter einem Führer, den weder der schärfere Ton der Abgeordneten, noch eine schärfere Taktik, die sich selbst der legalen Obstruktion nähert, zu reizen imstande wäre. Es kann leicht möglich sein, daß unsere Fraktion gezwungen sein wird, zu einer solchen Taktik zu greifen. Die geringe Zahl unserer parlamentarischen Vertreter kann kein Hinderniß für eine solche Taktik sein. Haben doch auch die Irländer im englischen Parlamente nur ein kleines Häuflein gebildet, als sie den ganzen Gang seiner Arbeit aufhielten. Auch die Czechen und die Deutschen in Währen haben keinen ansehnlichen Theil des österreichischen Parlaments dargestellt, als sie mit der entsprechenden, widerstrebenden Taktik die Achtung für ihre Forderungen erzwingen.

Es ist doch bekannt, daß sich Graf Ballestrem lediglich Dank der überflüssigen Nachgiebigkeit unserer Fraktion erdreistet hat, die weiteren Beratungen über unsere Interpellation in der Breischener Angelegenheit einzustellen. Diese Sache darf unsere Fraktion nicht fallen lassen, sie muß sie erneuern, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen will, das Mißtrauen der Gesamtheit zu wecken. — Auch andere Sachen drängen sich auf, im Reichstage berührt zu werden. Wird es denn die Fraktion zugeben, daß ihr die sozialdemokratische Partei in der Einbringung der Interpellation, welche sich damit befassen soll, die der im Thorner Prozesse verurtheilten Jugend entzogene Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst wieder zu ertheilen, zuvorkäme? Es wäre das ein Fehler, der sich namentlich bei den im nächsten Jahre stattfindenden Wahlen arg rächen könnte. Aus der Löhning-Affäre ist — obgleich sie vor das Forum des preußischen Abgeordnetenhauses gehört — so manches ans Licht gekommen, was im Reichstage erwähnt zu werden verdient, ganz abgesehen von der Marienburger Rede und von verschiedenen anderen Vorkommnissen der letzten Zeit.

Nur zwei Alternativen sind möglich: entweder wir hören überhaupt auf, Abgeordnete in den Reichstag zu entsenden, oder wir müssen verlangen, daß unsere Abgeordneten auch wirkliche Vertreter des Volkes und nicht nur dem Scheine nach Verteidiger unserer Rechte sind. Weil die erste Alternative ein Fehler wäre, müssen wir bei der zweiten beharren.

Noch auf eins lenken wir die Aufmerksamkeit. Es sollen wieder neue Forderungen für die Armee

und Marine gestellt werden, ferner kommen wichtige Angelegenheiten auf ökonomischem Gebiete zur Sprache. Wer weiß, ob man bei diesen Sachen das Häuflein unserer Stimmen nicht wieder auf der Waagschale abwiegen wird?

Wir müssen daher von unserer Fraktion fordern, daß sie sich unter keiner Bedingung auf leere Versprechungen und Hoffnungen hin mit der Regierung einlasse. Sollte es nicht gelingen, mit völliger Sicherheit die Taktik dem Grundsatzes do ut des anzupassen, so muß man sich eng an die Oppositionstaktik halten, wenngleich man uns dafür mit neuer Rache drohen sollte. Selbst bei Sachen wirtschaftlicher, handelspolitischer Natur, muß man das allgemeine nationale Wohl über die Vortheile gewisser sozialer Schichten stellen.

Es wird vielleicht dieser oder jener sagen, daß diese Mahnung überflüssig sei, denn die Fraktion wird nicht anders verfahren. Wir antworten darauf: So lange die Zusammensetzung der Fraktion so bleibt, wie sie heute ist, sind unverhoffte Sachen von ihrer Seite nicht ausgeschlossen. Wir haben uns davon schon häufig genug überzeugt.

Unsere obigen Ausführungen zusammenfassend geben wir dem Wunsche Ausdruck, daß uns diese neue Session grundsätzliche Veränderungen und Reformen nicht nur in der Leitung der Fraktion, sondern auch in ihrer ganzen Taktik bringen möge. Die heutige Zeit ist sehr wichtig, die Situation ist anders als sie vor Jahren war, es muß daher auch die Taktik eine andere sein. Wer in der Politik nicht mit dem Strome der Zeit mitgeht, der geht zurück und — fällt somit. Wir aber können nicht fallen.

Beste r.

Aus Nr. 239 des Dziennik Poznański
vom 16. Oktober 1902:

Eine neue Sensation.

Unter der Ueberschrift: „Fürst Radziwiłł und die polnische Partei“ bringt der Kurier Poznański einen Artikel „aus der Stadt“, an dem man nicht erkennen kann, gegen wen er gerichtet ist, ob gegen den Fürsten Radziwiłł oder gegen die polnische Partei; aber es scheint, daß er in seiner diplomatischen Form gegen beide Beteiligte gerichtet ist.

Bei dieser Gelegenheit erfahren wir, daß der Abgeordnete Ch r z a n o w s k i in der polnischen Partei den Antrag gestellt hat, daß sich die polnischen Abgeordneten an den Posener Feierlichkeiten nicht betheiligen sollen. Dieser Antrag ist thatsächlich durchgefallen, denn nur zwei Abgeordnete, L e o n C z a r l i n s k i und J. G l e m b o c k i haben dafür gestimmt.

Diese „historische“ Thatsache hat zum Glück keine weiteren Folgen gehabt, als daß Fürst Radziwiłł, der auf der Versammlung der polnischen Fraktion nicht anwesend war, an den Posener Festlichkeiten und entgegen den Beschlüssen unserer Delegierten an dem Empfang des Provinzial-Landtages theilnahm, was wir von ihm nicht loben können. Aber wenn der Kurier Poznański aus ihm nicht einen Sündenbock machen will, sondern die Schuld auf die polnische Fraktion durch ihre Abstimmung des Antrages des Abgeordneten von Ch r z a n o w s k i wälzt, so können wir noch weiter gehen und einen Theil der Schuld wiederum von den Schultern der Abgeordneten auf das Kerbholz derjenigen Presse wälzen, die entweder nicht deutlich genug oder gar nicht gegen die Theilnahme an den Festlichkeiten aufgetreten ist. Das mußte in den Abgeordneten einen Irrthum erwecken und in ihnen die Meinung

hervorrufen, daß man im Lande für die Theilnahme sei.

Wir allein haben von Anfang an gegen die Theilnahme gekämpft, und unsere Anstrengungen sind von dem erwarteten Erfolge gekrönt worden. Der Kurier schwankte damals immer noch zwischen der Politik der Kammerherren und der Praca, und weil er damals noch als Organ der „Geistlichkeit“ erschien und als solches galt, hat er es mit seiner Wankelmuthigkeit so weit gebracht, daß einige von den Abgeordneten zu einem festen Entschluß nicht kommen konnten, weshalb man sie jetzt gleichzeitig mit dem Fürsten Radziwiłł angreift.

Das sind die Folgen der mangelnden Standhaftigkeit und der heimlichen Machinationen!

Mögen sich in die Verantwortlichkeit Alle theilen und nicht etwa nur die als Sündenböcke Ausgerufenen! Schließlich muß doch der Beschluß der Fraktion nicht so gräßlich und unsicher gewesen sein, da doch von den in der Fraktions-Versammlung anwesend gewesenen Abgeordneten keiner an den Festlichkeiten theilgenommen hatte, sondern nur der Fürst Radziwiłł, der gesagt hat, was ihn aber durchaus nicht entschuldigt.

Wir schließen in dieser Angelegenheit die Diskussion so lange, bis die Sache von amtlicher Stelle aufgeklärt sein wird. Die Mittheilungen hierüber unter „Korrespondenzen“ reichen nicht aus.

Aus Nr. 452 des Kurier Poznański

vom 4. Oktober 1902:

Vier Millionen Polen im preussischen Staate.

Die Frage, wieviele der Unsrigen unter dem preussischen Szepter leben, beantworten die alle fünf Jahre stattfindenden Volkszählungen. Diese Zählungen weisen eine ständige Vermehrung des fürchterlichen Kaninchenvolkes auf, vor dem Graf Bülow so in Angst gerathen ist. Bei einem Vergleich mit den Deutschen, die er das Hasenvolk nannte, gab er uns jene Bezeichnung. Es ist jedenfalls ein sonderbarer Vergleich von Seiten eines preussischen Ministers! Die letzte Volkszählung weist nach, daß einschließlich der Masuren und Kaschuben, welche die Deutschen in einer besonderen Nationsrubrik führen, 3 Millionen 242 Tausend der Unsrigen vorhanden sind. Es ist eine recht ansehnliche Zahl, besonders, wenn man in Betracht zieht, unter welchen Umständen die Volkszählung vor sich geht. Namentlich in Schlesien, Ermeland, Pommern und in Masuren sowie auch in Berlin geben sich viele der Unsrigen, die in nationaler Hinsicht vollständig unerfahren sind, als Deutsche aus. Ein Kenner unserer Gebiete behauptete uns gegenüber in diesen Tagen, daß er die Zahl der in Preußen vorhandenen Polen, schlecht gerechnet, auf mindestens 4 Millionen schätze.

Auf jeden Fall muß zugegeben werden, daß die Zahl von 4 Millionen der Wirklichkeit entspricht. Selbstverständlich hängt das alles von der nationalen Aufklärung ab. Diese Aufklärung verbreitet sich von Jahr zu Jahr und zwar am meisten infolge der gegen uns ganz wunderbar geführten Politik.

Ein Schlesier sagte zu uns:

— Möge sich der gegenwärtige Kampf gegen das polnische Element vergrößern, möge der Haktismus auch in Schlesien einige aufsehenerregende Ereignisse, wie die Affäre v. Carnap, Breschen und Dobrzyca heraufbeschwören, dann erst werden die Deutschen sehen, wie dort die Polen haufenweise erwachen werden, wo die amtliche Statistik heute nur

Deutsche zu sehen vermag. Wir selbst wissen es nicht, in welchem Umfange im Volke der polnische Geistes-schlag schlummert, aus dem polnisches Leben und polnisches Empfinden herausprießt, sobald er nur aufgeweckt wird.

Das „ethnographische Polen“ ist heute bereits ein existirender Begriff, den die Deutschen nicht aus der Welt zu schaffen vermögen, und zu dessen Entstehung sie selbst am meisten beigetragen haben.

Der Haktismus und die gegenwärtigen Strömungen werden einmal von Seiten der deutschen Meinung ein schreckliches Urtheil zu erwarten haben, doch wird es dann zu spät sein, so wie es schon heute zu spät ist.

Unsere gegenwärtige Lage ist außerordentlich schwierig; doch sind unsere Augen nicht mehr verschlossen. Wir sehen und fühlen, was uns Schmerz verursacht; aber wir um auszuharren und auszuhalten, sammeln wir immer fleißiger die Früchte der wahnwitzigen und unvernünftigen Verbiissenheit der uns feindlichen Strömungen.

Aus Nr. 229 des Przyjaciół Ludu

vom 4. Oktober 1902:

Eine Erinnerung an Dr. v. Gofler.

Von einem ehemaligen Lehrer im Großherzogthum haben wir nachstehende Betrachtungen über den verstorbenen Dr. v. Gofler, früheren preussischen Kultusminister, erhalten.

Nachdem Falk, einer der eifrigsten Verfechter der Bismarckpolitik, nach dem polnischen Unterricht zuließ, und zwar für die jüngeren Kinder der Volksschulen 5 und für die älteren Kinder 3 Stunden wöchentlich, — hatte sein Nachfolger Minister v. Buttke nicht den Muth, den polnischen Unterricht aufzuheben. Aber der Nachfolger des Ministers v. Buttke, der unlängst verstorbene Dr. v. Gofler, der erst im Stillen den polnischen Unterricht zu entfernen erlaubte, verfügte plötzlich unerwartet die Aufhebung des polnischen Unterrichts — mit Michaeli 1887 beginnend — in allen Elementarschulen des Großherzogthums Posen ohne Ausnahme.

Änderungen in den Lehrplänen werden in der Regel mit Beginn des neuen Schuljahres vorgenommen — und gar erst Änderungen von solcher weittragender und schwerwiegender Bedeutung! Aber Dr. v. Gofler hat danach nicht gefragt. Da er die pädagogischen Grundsätze über den Haufen warf, zögerte er auch nicht, sich über den Unterricht der polnischen Sprache herzumachen. Er hob den polnischen Schulunterricht in der Mitte des Schuljahres auf, weil es ihm so gefiel und er die Macht dazu hatte.

Ganz Großpolen erfüllte ein Schrei des Entsetzens. Diese Unterdrückung unserer Sprache verletzte nicht nur die intelligenten Kreise bis ins Innerste, sondern auch das gewöhnliche Volk, gegen welches dieser Schlag geradezu gerichtet war. Im Laufe der Monate Oktober und November 1887 wurde in mehr als 140 Volksversammlungen, an welchen alle Stände Theil genommen hatten, gegen die Eigenmächtigkeit des Ministers feierlicher Protest erhoben.

Die Schulkinder, welche aus dem Munde der Lehrer erfuhren, daß sie infolge Anordnung des Herrn v. Goflers nach den Michaelisferien weder polnisch Lesen noch Schreiben lernen würden, brachen in Thränen aus, und als sie verweint nach Hause kamen, wurden auch die Familienangehörigen bis zu Thränen gerührt. Das ganze Volk schluchzte, — aber das Herz des Dr. v. Goflers, der durch

polizeiliche und andere Berichte von den zahlreichen und großartigen Protestkundgebungen sowie von dem Wehklagen der Kinder und des Volkes Kenntniß erhielt, wurde dadurch nicht gerührt. Er erinnerte sich nicht der Worte des Poeten: „Muttersprache, Mutterlaut, wie wonnesam, so traut!“

Auch im Landtage haben unsere Abgeordneten Protest gegen diese Anordnung eingelegt, doch wurde ihnen höhnisch erwidert, daß wenn die Kinder sich zu Hause mit den Eltern polnisch unterhielten, sie im „Handumdrehen“ polnisch Lesen und Schreiben selbst lernen könnten. So sprachen verschiedene „Christen“ aus dem Lager der Konservativen, und der „christliche“ Minister gab ihnen Recht.

Doch damit war es noch nicht genug. Dr. v. Gofler war auch die Erläuterung des Katechismus und der biblischen Geschichte in polnischer Sprache ein Dorn im Auge. Schon vor ihm, in den Jahren 1872—1881, haben der Schulinspektor Nagel (nachmaliger Schulrath in Bromberg) und einige seiner Kollegen auf eigene Verantwortung oder in stiller Uebereinstimmung mit der Bromberger Regierung, die polnische Sprache aus dem Religionsunterricht, in den Schulen nördlich und stellenweise auch südlich der Neße, verbannt; und im Jahre 1883 hat der Minister v. Gofler, durch dieses Vorgehen dreist gemacht, empfohlen, diese Methode auch im Regierungsbezirk Posen zur Durchführung zu bringen. Diesem lobenswerthen Wunsche zufolge, hatte die Regierung in Posen schon entsprechende Verfügungen erlassen, als es dem damaligen Abgeordneten Dr. v. Stablewski, unterstützt durch Windthorst, seligen Angedenkens, und das Centrum, gelang, das „christliche“ Gewissen der Konservativen im preussischen Landtage aufzurütteln. Als das der aufmerksame Kultusminister gewahrt wurde, verstand er es, jegliche Theilnahme an der Unterdrückung der Muttersprache im Religionsunterricht zu leugnen und die Schuld auf einen der Posener Räte zu schieben, der in seinem Eifer „unnöthiger Weise zu weit gegangen wäre.“

Diese Angelegenheit endete einstweilen mit der Versetzung des „unglücklichen“ Rathes und der Zurückziehung des „unglücklichen“ Spracherlasses, — aber dem jetzigen Minister v. Studt diente dieser Präcedenzfall zur Nachseiferung. Sogar schon zu Zeiten des Dr. v. Gofler ordneten hier und da die Inspektoren im Geheimen an, den Religionsunterricht in der deutschen Sprache zu ertheilen, wie z. B. in den früheren Vororten Posens: Jersitz, Wilda, St. Lazarus u. s. w.

Es wird berichtet, daß die letzten Augenblicke des Dr. v. Gofler sehr schwer gewesen sein sollen. In der Agonie soll er beunruhigende Erscheinungen gehabt haben. Jedenfalls hat hier das Gewissen gesprochen. Es ist eine bekannte Sache, daß die bösen Thaten den Menschen zumeist erst in der Todesstunde vor Augen treten.

Als Dr. v. Gofler im Jahre 1874 aus Darchen, wo er Landrath war, ins Ministerium berufen wurde, warnten ihn einige ehrbare Freunde vor dieser verlockenden Karriere und sagten ihm, daß es besser wäre, als einfacher und rechtschaffener Landrath zu sterben, als in einem hohen Amte, zu welchem schlüpferige Pfade führten. Doch der Landrath befolgte diesen Rath nicht, weil er durch den Zauber der Ministerkarriere zu sehr geblendet war.

Als wichtiges Moment ist zu verzeichnen, daß Dr. v. Gofler zu Anfang seiner Thätigkeit im Ministerium gegen das Polenthum keine Abneigung

zeigte. Sogar als Kultusminister blieb er in der ersten Zeit ruhig. Er änderte sich erst nach und nach, und es ist ein offenes Geheimniß, daß er den Einflüssen und Versuchungen des vor nicht langer Zeit verstorbenen Ministerialdirektors Rügler erlegen ist, der schließlich auch die Minister v. Bosse und v. Studt nach seinem Modell umzuarbeiten verstand.

Im Jahre 1891 trat Herr v. Gofler von dem Ministerposten zurück und wurde Oberpräsident in Danzig. Nun hatte es den Anschein, als wenn die Ruhe für das polnische Element zurückgekehrt, oder doch mindestens ein Waffenstillstand eingetreten wäre. Doch auch in dieser Stellung hat er Gelegenheit gefunden, die Hände der Polen zu fesseln. Seine Vermessenheit hat hier sogar noch an Stärke zugenommen. Es genügt, daran zu erinnern, daß er den Gebrauch der polnischen Sprache in den Lehrerfamilien untersagte.

Vor 33 Jahren zitterte ganz Europa vor Entzündung über die Kunde, daß Murawiew und Potapow in Lithauen den öffentlichen Gebrauch der polnischen Sprache untersagten. Selbst die Berliner Zeitungen brandmarkten es als den Gipfel der Ungeheuerlichkeit — und kaum 30 Jahre später hatte sich der preussische Minister Herr v. Gofler diesem Vorbilde schon genähert.

Wir fügen noch hinzu, daß auch die an die Polen gerichtete drohende Rede, welche Kaiser Wilhelm II. im Oktober 1894 in Thorn gehalten hat, hauptsächlich durch den Oberpräsidenten v. Gofler veranlaßt worden ist.

Aus Nr. 233 des Wielkopolanin
vom 9. Oktober 1902:

P o s e n .

Am Berdychowwer Damm ist bekanntlich ein großes Gebäude erbaut worden, welches etliche 100 Arbeiterwohnungen enthält. Dieses Gebäude ist durch eine Genossenschaft entstanden, die aus Deutschen besteht und deren Aufgabe es ist, zu germanisiren. Die Germanisirung soll bei unseren Kindern beginnen. Zu diesem Zwecke hat man daselbst eine Kinderbewahranstalt ins Leben gerufen. Als Leiterin ist eine evangelische, deutsche Lehrerin aus Bromberg, eine Verwandte der Frau Oberpräsident von Bitter, angestellt worden, die kein Wort polnisch versteht. Vor kurzem hat uns jemand die Mittheilung gemacht, daß man den auf den dortigen Höfen spielenden Kindern verboten habe, untereinander polnisch zu sprechen. Mütter, bemühet euch um so eifriger, dafür zu sorgen, daß eure Kinder nicht verdeutschet werden. Mögen sie die deutsche Sprache lernen, denn sie wird ihnen im künftigen Leben zu Statten kommen, mögen aber die Kleinen die polnischen Empfindungen stets bewahren.

Aus Nr. 237 des Postep
vom 14. Oktober 1902:

M i l o s l a w .

Trotzdem unsere Stadt 2500 Einwohner hat, giebt es hier keinen Glaser. Die Niederlassung eines polnischen Glasers wäre hier sehr erwünscht; derselbe würde sein gutes Auskommen finden.

Aus Nr. 237 des Goniec Wielkopolski
vom 14. Oktober 1902:

M o g i l n o .

Das hiesige Amtsgericht

macht bekannt, daß in das Handelsregister eine neue Firma wie folgt eingetragen worden sei: „Józef

Stark, Bank parcelacyjny i Kasa oszczędności, Mogilno." Mögen die Personen, welche das angeht, es sich merken, daß man Firmen mit polnischem Text in das Handelsregister eintragen darf, und daß auch der Vorname polnisch geschrieben werden kann. Gerade jetzt, wo einige der hiesigen Industriellen unnöthigerweise schrieben: Petrus, Stanislaus, Franciscus u. s. w., anstatt Piotr, Stanisław und Franciszek, wie sie das früher auf ihren Firmenschildern hatten, ließ Herr Stark an einem seiner Häuser am Markte eine riesige Aufschrift mit meterhohen Buchstaben: „Józef Stark“ anbringen, wodurch er Anderen zu verstehen geben wollte, daß man seinen Namen auf den Firmenschildern in polnischer Schreibweise anbringen lassen darf. Gleich nach dem Erscheinen dieser Aufschrift ließen einige der hiesigen Industriellen den Petrus u. s. w. wieder auflöschen und Piotr u. s. w. aufschreiben. Unter den Anfrigen giebt es aber Leute, welche, nicht genug, daß sie selbst Stanislaus, anstatt Stanisław schrieben, auch noch Anderen Angst machen und ihnen zu reden, damit sie schleunigst die Aenderung ihrer Namen in Johannes, Carolus u. s. w. vornähmen, denn es würden Strafen kommen. Bis jetzt sind jedoch noch keine Strafen gekommen, denn es wird gesetzlich verfahren.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 234 der Gazeta Toruńska
vom 8. Oktober 1902:

Aus O s t p r e u ß e n.

Im hiesigen Orte giebt es zwei Aerzte, einen f. Zt. durch die Sakatisten seßhaft gemachten deutschen Protestanten und einen polnischen Katholiken. Bis zum Anfange dieses Jahres war es den Mitgliedern der Kreiskrankenkasse gestattet, im Bedarfsfalle den Arzt zu wählen, da beide Aerzte als Kassenärzte angestellt waren. Seit Januar d. Js. ordnete der Ausschuß der Krankenkasse als Hauptvorstand an, daß die Forstarbeiter nur durch den deutschen Arzt auf Kosten der Krankenkasse behandelt werden dürfen. Seit dem 1. Oktober d. Js. gilt obige Verordnung für sämtliche Mitglieder der Kreiskrankenkasse. Die Mitglieder dieser Kasse bestehen in hiesiger Gegend zum größeren Theile aus Polen, und diese haben in Krankheitsfällen hauptsächlich den Rath des polnischen Arztes in Anspruch genommen.

Es bleibt hier kein anderer Ausweg übrig, als der, daß jeder, der nicht durchaus rechtlich verpflichtet ist, einer solchen Krankenkasse anzugehören, auf diese Annehmlichkeit verzichtet und für sein eigen Geld da Hilfe sucht, wo es ihm beliebt. Obige Verordnung geht jedoch die Mitglieder anderer Krankenkassen nichts an. Wenn z. B. ein Arbeiter, welcher im Innern Deutschlands in einer Fabrik arbeitet und daselbst der Krankenkasse angehört, krank wird, und nach Hause zurückkehrt, so kann er sich den Arzt wählen. Irrig ist auch die Auffassung mancher Mitglieder der hiesigen Krankenkasse, wenn sie meinen, daß außer dem Versicherten auch andere Familienmitglieder in Krankheitsfällen durchaus zum Kassenarzte gehen müßten. In solchen Fällen bleibt es dem Kranken überlassen, zu dem Arzte zu gehen, zu dem er Vertrauen hat. Nicht minder irrig ist die Auffassung, daß jeder, der in seinem Berufe zu Schaden kommt, kostenfreie Behandlung hätte, wenn er sich an den Kassenarzt wendet. Die Berufsgenossenschaften treten nur dann für die Folgen auf,

wenn eine Schädigung der Gesundheit noch nach 13 Wochen verbleibt. In den ersten 13 Wochen muß sich jeder von einem Unfall betroffene Arbeiter auf seine eigenen Kosten behandeln lassen, er kann daher solches thun wo und bei wem er will. Dasselbe betrifft auch diejenigen, die infolge Invalidität oder Alters eine Rente erwerben wollen. Auch diesen steht das Recht zu, sich zwecks Ausstellung eines ärztlichen Attestes den Arzt zu wählen.

Schließlich muß ich noch hinzufügen, daß ein gewisser Theil der hiesigen Bevölkerung trotz der rühmlichen Beispiele der aufgeklärteren Allgemeinheit hinsichtlich des Unterstüßens seiner Industrie und Kunst sich sehr saumfelig zeigt. Manche thun das in ihrer Trägheit, indem sie sich keine Rechenschaft geben über das, was sie thun, andere infolge Einflüsterens seitens Andersgläubiger oder ihrer Arbeitgeber, oder aus Neid und aus Mangel an Wohlwollen gegen die Ihrigen; der dritte Theil dagegen huldigt dem Grundsatz, daß man nur bei Fremden etwas Gutes erstehen und guten Rath einholen könne. Den letzteren gegenüber konnte man die Worte anwenden: „Das Fremde lobet Ihr, das Eure ist Euch fremd, Ihr wißt selbst nicht, was Ihr besizet.“

Angeichts der Aufforderung seitens der Andersgläubigen, jeder müsse in erster Linie stets die Seinen berücksichtigen, sollte schließlich auch das hiesige Volk aus dem Schlafe erwachen und mit seinem sauer erworbenen Groschen nicht die Andersgläubigen mästen, sondern die Seinen unterstützen, sei dies ein Kaufmann, ein Handwerker, ein Arzt oder ein Rechtsanwalt — und unsere Lage wird sich zweifelsohne bessern, wir werden zu einer Gemeinschaft heranwachsen, mit der jeder rechnen muß. Mögen die aufgeklärteren Leute und die, welche guten Willens sind, überall die weniger Aufgeklärten wecken, mögen sie dieselben zum Lesen unserer guten Schriften, zur Sparsamkeit und zur Eintracht unter einander anspornen. Besonders die Zwietracht und die Neigung zum Prozessiren haben zum Theil hier noch sehr feste Wurzeln gefaßt, und manch einem ist dadurch die Existenz genommen worden.

Durch eine solche konsequente Arbeit an uns selbst und an unseren Mitbrüdern werden vielleicht auch wir — wie unsere czechischen Brüder — zum Wohlstande gelangen. Nehmen wir uns ein Beispiel an diesen.

Aus Nr. 236 der Gazeta Toruńska
vom 10. Oktober 1902:

W r e s l e n.

Nach erfolgter Unterbringung des Militärs in hiesiger Stadt bemerkten deutsche Zeitungen, daß sich hier nach und nach deutsche Handwerker und Gewerbetreibende seßhaft machen. Verschiedene Blätter schreiben, es sei Pflicht aller Deutschen, diese deutschen Handwerker zu unterstützen und ihnen Arbeitsgelegenheit zu geben.

In Folge dessen ist es heilige Pflicht aller Polen, nur die eigenen Handwerker und Kaufleute zu unterstützen und zwar um so mehr, da für uns so wie so von dem für die „bedrückten“ Deutschen bestimten Ueberfluß nichts abfällt. In gegenwärtigen Zeiten die Anfrigen nicht unterstützen und ihnen keinen Verdienst gewähren, bedeutet das Kennzeichen der Vernichtung unserer Landsleute tragen.

Aus Nr. 115 der Gazeta Olsztynska
vom 30. September 1902:

Tuchheit auf die Gazeta!

So ertönte und erbraute es durch ganz Ermland! Aus Anlaß eines Streites über die Grunwaldfeier wird von Seiten unserer Gegner ein durch Herrn Buchholz, einen der polnischen Sprache mächtigen Deutschen aus Ornath (?), entfachte Kampf gegen die Gazeta geführt. Dieser Herr veranstaltet gegenwärtig in der Ermländischen Zeitung eine große Heke gegen uns. Auf der ganzen Linie tobt der Kampf: Der Warmiak, das Volksblatt, die Ermländische Zeitung und Herr Buchholz, sie alle fallen über die Gazeta her. Aber weshalb denn? Hauptsächlich deshalb, weil die Gazeta den Redakteur des Warmiak beleidigt haben soll. Demnach ist die Beleidigung eines einzigen Menschen eine so schwerwiegende Handlung, daß man deshalb die Gazeta und jenen „armen Seher aus Posen“ vernichten muß. Fürwahr, solch eine kreuzzitterliche Losung giebt schließlich die alte Tante „Ermländerka“ (Ermländische Zeitung) aus Braunsberg nicht zum ersten Male aus. Daß aber der Warmiak Tausende polnischer Geistlicher und Leute, die ihre Nationalität in Ehren halten, beleidigt hat, wird bei uns von den katholischen Sakatisten als nichts Besonderes angesehen. Bei ihnen findet sogar Luther Glauben, weil er ein Deutscher war, aber niemals ein Pole, sei es nun ein Geistlicher, eine weltliche Person oder ein Gelehrter; den polnischen Zeitungen ergeht es ebenso. Daß in „ihrem lieben Ermland“ noch die polnische Sprache gepflegt und sogar eine polnische Zeitung herausgegeben wird, kann sie in höchste Wuth versetzen. Keine andere als die „katholische“ Ermländische Zeitung hat nach dem Erscheinen der ersten Nummer der Gazeta öffentlich ausgesprochen, daß in Ermland für eine polnische Zeitschrift kein Platz wäre. Da nun seit dieser Zeit 16 Jahre verflossen sind und die Zeitung trotz aller nichtswürdigen und hinterlistigen Kunstgriffe von Seiten der Germanisatoren, die auf das polnische Volk geradezu verdummend wirkten, bisher weiter erschienen ist, man sie auch nicht nach kreuzzitterlicher Art mit dem Schwert vernichten, noch verbrennen oder ausweisen kann, ruft die alte Tante „Ermländerka“ in ihrer Verzweiflung den preußischen Staatsanwalt zur Hilfe. Sind das nicht angenehme Verhältnisse im geliebten Ermland unter dem Schutze der „katholischen“ Ermländischen Zeitung? Die deutsch-katholischen Heuchler ärgert es, daß die Gazeta, welche an der Spitze einen katholischen Gruß trägt, es wage, in Ermland auch die polnische Nationalität zu verteidigen. Nach ihrer Ansicht ist das Götzendienst, denn das Deutschtum habe das Recht hier zu existieren. Aber diese Heuchler vergessen, daß sie jene Kreuzzitter verteidigen, die dem Anscheine nach im Namen des Herrn noch keinen Menschen beleidigt haben, jedoch brannten, mordeten und sich der größten Blutschuldigkeit hingaben. Weil es jedoch Demüthige waren, ist es wiederum nichts von Bedeutung. Mit Verrath, Heuchelei, Hinterlist und Verdummung des polnischen Volkes kämpfen gegen uns in Ermland die nicht aus der Art geschlagenen Nachkommen der Kreuzzitter. Doch die Hilfe Gottes ist größer, als die Bosheit der Menschen. Unser Volk in Ermland kennt zum größten Theil diese kreuzzitterlichen Kunstgriffe und haben wir daher die Hoffnung, daß die Auforderungen der „deutsch-katholischen“ Sakatisten zur Vernichtung der Gazeta, unsere Leser zum treuesten Festhalten an die Gazeta sowie zu ihrer

Verbreitung und zur gemeinschaftlichen Vertheidigung unserer hier so sehr bedrohten katholischen und polnischen Sache anfeuern werden.

Aus Schlesien.

Aus Nr. 119 des Katolik
vom 7. Oktober 1902:

Die obereschlesischen Schulen

soll wieder eine Kommission des preußischen Ministeriums besuchen, um sich von ihren Verhältnissen zu überzeugen. Die Kommission wird sich aus Ministerialbeamten zusammensetzen, welche der polnischen Sprache nicht mächtig sind. Wie sollen dieselben die polnischen Schulkinder prüfen? Es soll sich darum handeln, ob die polnischen Kinder insofern der deutschen Sprache mächtig sind, daß sie den Religionsunterricht in dieser Sprache erhalten können. Was bei einer derartigen Prüfung sich herausstellen wird, das wollen wir nicht voraussagen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Kommission Kinder antreffen wird, welche fließend das wiederholen werden, was sie wie Papageien auswendig gelernt haben. Es handelt sich jedoch darum, ob sie Alles, namentlich den Religionsunterricht, gut verstanden haben.

Alle berühmten Pädagogen der Welt behaupten, daß der Kinderunterricht in der Muttersprache ertheilt werden soll. Dies verlangen die Deutschen überall außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches für ihre Kinder, und die deutsche Regierung bewilligt ihnen sogar Geld zu deutschen Schulen. Wenn aber die polnische Bevölkerung polnische Schulen oder auch nur den Religionsunterricht in polnischer Sprache verlangt, so wird ihr geantwortet, daß das nicht nöthig sei, denn die Kinder seien der deutschen Sprache genügend mächtig oder sie lernten Deutsch in ausreichendem Maße. Die preußische Regierung würde Schulrevisionen in Oberschlesien oder in den anderen polnischen Landestheilen nicht nöthig haben, wenn sie den Muth besäße, den Grundsatz anzuerkennen, daß der Kinderunterricht in der Muttersprache stattfinden müßte, wenn sie diesen Grundsatz wenigstens bei dem Religionsunterricht zur Anwendung brächte. So lange die Regierung dies nicht thut und nicht diese richtige Stellung einnimmt, so lange wird die polnische Bevölkerung sich zurückgesetzt fühlen.

Obendrein hat sich die preußische Regierung damit einverstanden erklärt, daß der russische Schuldirektor und Verfasser wissenschaftlicher Werke, Iwan Davis aus Dorpat in Ples in Oberschlesien unter der Aufsicht des dortigen Kreisschulinspektors nach dem Muster der obereschlesischen Schulen lernen wird, wie man die Kinder, wie z. B. die polnischen Kinder mit Zuhilfenahme der fremden Sprache Deutsch lehren müsse.

Wir möchten wohl wissen, ob der Kreisschulinspektor in Ples dem Davis das preußische Schulsystem gut und eifrig beibringen wird, wenn er sich vergegenwärtigt, daß die russische Regierung in Dorpat Deutsche in Russen verwandelt. Je besser Herr Davis die preußische Kunst erlernt, desto besser wird er aus den Deutschen Russen machen können.

Beabsichtigt Rußland thatsächlich, sich mit ganzer Kraft der Russifizierung zu widmen? Oder will sich vielleicht Davis überzeugen, wie verderblich das System, wie widerwärtig die preußische Kunst für die Erziehung und für die Gefühle der polnischen Bevölkerung ist?

Wenn die Russifizierung größer wird, dann können Kurland, Livland und Esthland sich bei der preussischen Regierung bedanken, daß sie den russischen Lehrern beigebracht hat, wie sie zu verfahren haben. Uebrigens müßten unsere germanisierenden Lehrer: Łatacz, Odelga, Wunschlif, Polaczek, Rzemieczek, Żelitto und alle ähnlichen klugen Pädagogen eine gemeinschaftliche Pilgerfahrt nach Plesz unternehmen, um den russischen Kollegen zu begrüßen und zu umarmen. Ihre Namen werden ja für ewige Zeiten berühmt sein, weil sie, entgegen den Grundsätzen solcher Gelehrten wie Comenius und Pestalozzi, welche sie nachahmen sollten, mit ihrer Weisheit zu der schrecklichen, unserer Ansicht nach fündhaften Germanisierung beitragen.

Aus Nr. 118 der Nowiny Raciborskie
vom 9. Oktober 1902:

Außergewöhnliche Schulrevisionen in Oberschlesien.

Vor einigen Wochen fanden von einer aus Mitgliedern des Kultusministeriums und des schlesischen Provinzial-Schulkollegiums zusammengesetzten Kommission Revisionen in vielen ober-schlesischen Schulen statt. Dieselbe Kommission wird binnen Kurzem die Schulen in denjenigen Kreisen mit vorwiegend polnischer Bevölkerung revidieren, welche bei der ersten Revision übergegangen worden sind. Es handelt sich hauptsächlich um die Feststellung der Ergebnisse in dem deutschen Sprach- und dem Religionsunterricht. Wir wissen, wie derartige Feststellungen vorgenommen werden. Die Kommissionsmitglieder hören den Lehrerprüfungen zu und aus deren Ergebnis bilden sie sich ein Urtheil über die Fortschritte der Kinder. Sie wissen nicht oder wollen nicht wissen, daß die Kinder wie Papageien auf die Fragen antworten, in welchen sie vorher dressirt wurden. Wenn diese Herren selbst die Kinder prüfen wollten, würden sie sich gründlich davon überzeugen, welche erbärmlichen Früchte das jetzige Schulsystem zeitigt und daß von einem Fortschritt in dem mit Zuhilfenahme der deutschen Sprache eingepaukten Religionsunterricht nicht die Rede sein kann.

Aus Nr. 108 des Katolik
vom 11. Oktober 1902:

Scharleŷ.

Der Vorstand der hiesigen germanisatorischen Bibliothek hat beschlossen, mit dem Ausleihen der Bibliotheksbücher noch zwei Monate zu warten. Er wird vorläufig keine neuen Bücher mehr anschaffen, denn er will erst abwarten, wie viele und welche Bücher der hakatistische Ostmarkenverein, der hiesige Kriegerverein und die Privatpersonen schenken werden. Welchen Inhalts die vom Ostmarkenverein geschenkten Bücher sein werden, kann sich jeder vernünftige Mensch denken. Auch der hiesige Kriegerverein trägt zur Germanisierung bei, und doch gehören ihm auch polnische Arbeiter an! Also zu diesem Zweck werden Kriegervereine gegründet, um mit den Beiträgen der polnischen Vereinsmitglieder das polnische Volk zu germanisieren? Dies ist doch ein schlagender Beweis dafür, daß der größere Theil der Kriegervereinsmitglieder nur Spielpuppen in den Händen einiger Deutschen sind, die an der Spitze

stehen. Es müssen doch schließlich sich Jedem die Augen öffnen, daß in den Kriegervereinen für Polen kein Platz ist.

Aus Nr. 117 der Nowiny Raciborskie
vom 7. Oktober 1902:

In Gleiwitz

hatte der Vikar Just zum 1. Oktober 14 deutsche Vereine eingeladen und mit ihnen darüber berathen, auf welche Weise für Gleiwitz ein germanisatorisches Theater zu beschaffen wäre. Es wurde beschlossen, aus den 14 deutschen Vereinen einen Ausschuß für das Volks- oder germanisatorische Theater unter dem Vorsitz des Geistlichen Just selbst zu gründen. Die Auswahl der Theaterstücke wird einer besonderen Kommission übertragen, welche sich gegenwärtig zusammensetzt aus: dem Herrn Vikar Just, einem Geistlichen als Vertreter und aus dem Lehrer Pietruszka. Die aufzuführenden Theaterstücke müssen von politischen und religiösen Bestrebungen frei sein. (Streng katholische und erbauende Stücke werden also nicht gegeben werden, denn jedes katholische und religiöse Stück ist naturgemäß tendenziös. — Red.) Die Eintrittspreise werden sehr niedrig sein, denn die Eintrittskarten werden 10 bis 30 Pfennig kosten.

Auf diese Weise wird Gleiwitz, dank den Bemühungen eines katholischen Geistlichen, mit einem germanisatorischen Theater beglückt werden. Das Theater wird germanisieren und das ist sein Hauptzweck; der Katholizismus ist dort ausgeschlossen, denn derselbe ist und muß stets tendenziös sein und derartige Stücke werden dort nicht gegeben werden.

Angeichts einer derartigen Arbeit eines katholischen Geistlichen, angeichts so offener germanisatorischer Bestrebungen blutet uns das Herz und uns Katholiken stimmt das traurig, denn unter der Verdeutschung, welche ein Geistlicher unterstützt, leidet nur die Sache der katholischen Kirche, leiden die Geistlichen selbst. Wir geben uns jedoch der festen Hoffnung hin, daß sich das ober-schlesische Volk nicht germanisieren lassen wird, und daß es den Geistlichen um so mehr Achtung und Anhänglichkeit entgegenbringen wird, welche nicht nach niedrigen Rücksichten der Welt jagen und denen jegliche Germanisierung zuwider ist.

Aus Nr. 233 des Dziennik Śląski
vom 8. Oktober 1902:

Lagownik bei Beuthen.

Am Sonntag, den 28. v. Mts. führten uns einige der hiesigen Lehrer ein neues germanisatorisches Kunststück vor. Nachmittags um 4 Uhr versammelten sich unsere polnischen Kinder außerhalb des hiesigen Gutshofes und fingen an zu hüpfen und Sachen anzugeben, welche wir Bauern, nach Ansicht der Lehrer, noch niemals gesehen hätten. Es wurde gesprungen, gesungen, deutsch kommandirt, nicht zu knapp. Es waren 250 bis 300 Kinder, und Zuschauer aus dem Volke etwa 2000 zur Stelle. Diese Wunderdinge sollten ein Spielfest sein, als ich jedoch eine Weile zusah, merkte ich, daß es ein Springen, Singen und Hüpfen ist, wie es die Kinder gewöhnlich treiben. Es ist zu bedauern, daß die Eltern zu einem derartigen, germanisatorischen Spiele und Gesänge ihre Einwilligung gaben, denn kein Lehrer kann

ein Kind oder die Eltern dazu zwingen, daß sie am Sonntage zu Spielfesten erscheinen. Wenn nur alle Kinder zu Hause bleiben wollten, dann würde aus den Spielfesten nichts werden. Was soll mir so eine deutsche Schaustellung, dachte ich mir und ging fort. Wenn sie polnisch wäre, würde sie mir Freude bereiten, aber so — werde ich mir nicht erst die Augen verderben zur Freude der Germanisatoren, welche unter sich Diejenigen auslachen könnten, welche dem Nachaffen deutscher Sitten zugeguckt haben. Brüder Kaninchen! Jeder ist in seinem Hause, in seiner Familie ein König, sei es auch nur ein kleiner König. Dort also treiben wir mit unseren Kindern, mit unserem Kaninchengeschlecht kurzweil, und das wird uns angenehm sein. Wir werden Niemandem im Wege stehen, ja, was noch schlimmer ist, uns nicht lächerlich machen. Liebe Schwestern! Besuchen wir nicht die deutschen Schaustellungen, mögen diese Wunderdinge für die Deutschen, aber nicht für uns sein! Agitieren wir nach dieser Richtung hin, erzählen wir das Denjenigen, welche nicht lesen. Sorgen wir dafür, daß unsere Kinder, deren es 1500 giebt, den polnischen Gottesdienst besuchen, denn ich habe auch nicht 150 Kinder in der Kirche gesehen und noch einmal so viele waren ihrer auf dem deutschen Spielfeste. Fort mit der Germanisirung!

Aus Nr. 236 des Dziennik Śląski
vom 11. Oktober 1902:

**Christliche Stimme eines Volksschullehrers
des obereschlesischen Industriebezirks in Betreff
der Ertheilung des Religionsunterrichts
in polnischer Sprache an polnische Kinder.**

In Nr. 233 der Volksstimme lesen wir Folgendes: (Folgt der Wortlaut des betreffenden Artikels in polnischer Uebersetzung.) Der Dziennik Elonski bemerkt: „Also fort mit dem Verbote des Gebrauchs der Muttersprache bei der Ertheilung des Religionsunterrichts. Ein guter Christ wird stets ein guter Patriot, ein treuer Staatsbürger auch dann sein, wenn er, was einige (jawohl — Alle. Red.) Katakisten für eine Todsünde halten, polnisch betet.“

Die Vorschriften, nach welchen sich die Behörden den französischen Kindern in Elsaß-Lothringen gegenüber richten, müßten auch den polnischen Kindern in Oberschlesien gegenüber zur Anwendung kommen.“

Aus Nr. 235 des Dziennik Śląski
vom 10. Oktober 1902:

Z a b r z e.

Am Sonnabend, den 11. d. Mts. wird hier eine Versammlung des katechetischen Ostmarkenvereins stattfinden, in welcher ein Vortrag über „Die Wahrnehmungen in der polnischen Frage in der Provinz Posen“ gehalten werden soll.

Die katechetischen Arbeitgeber würden besser thun, wenn sie darüber berathen wollten, wie die Lage der Arbeiter aufzubessern sei. Es genügt ihnen nicht, daß sie aus dem polnischen Grund und Boden und aus der Arbeit des polnischen Arbeiters einen nach Millionen zählenden Verdienst haben, sie gründen obendrein katechetische Vereine, um dem Arbeiter die ihm von Gott gegebene Sprache zu rauben. Trotzdem wird aber das polnische Volk in Oberschlesien sich seine Sprache und seinen Glauben erhalten und wenn die Katakisten noch über größere Millionen, wie bisher verfügten. Es kämpft hier eine ungeheure Ungerechtigkeit gegen

das natürliche und übernatürliche Recht des polnischen obereschlesischen Volkes, welches aus dem Kampfe siegreich hervorgehen muß. Das polnische Volk war und ist in Oberschlesien und wird dort ewig bleiben.

Aus Nr. 81 der Gazeta Opolska
vom 10. Oktober 1902:

Vom Lande

schreibt man uns Folgendes: Wir waren sehr erfreut, als wir in der Gazeta Opolska lasen, daß auf der Odervorstadt ein für die Landbevölkerung so dringend erforderliches Geschäft eröffnet worden ist und daß es einem Landsmann Herrn K. (den Namen verschweigen wir. — Die Red.) gehört. Nur bedauern wir, daß der Geschäftseröffner einzig und allein auf die deutschen Abnehmer Rücksicht zu nehmen scheint, denn auf seinem Schild steht kein einziges polnisches Wort; dagegen ist es voll von deutschen Wörtern. Wenn Herr K. glaubt, daß wir, die polnische Bevölkerung am linken Ufer der Oder, von der das Geschäft den größten Nutzen ziehen kann, eine unaufgeklärte Masse sind, mit der man nicht zu rechnen braucht, so hat er sich schwer getäuscht. Ob sich Herr K. vor der Eröffnung des Geschäfts nicht genügend informiert oder ob er nicht bemerkt hat, daß sogar die Juden über ihren Geschäften polnische, wenn auch fehlerhafte Aufschriften haben? Wir hoffen also, daß Herr K. als unser Landsmann mit gutem Beispiel vorangehe und in reiner Muttersprache, wenn auch nur in wenigen Worten, eine Aufschrift der im Geschäft zu habenden Artikel, anbringen lasse. Von den Deutschen kann Herr K. so wie so nicht leben, denn sie sind in der Vorstadt zu wenig vertreten; auf die Katakisten zu rechnen, rathen wir ebenfalls nicht, denn die hier vorhandenen kann man an den Fingern her zählen. Aber auf uns, das polnische Volk, muß Herr K. Rücksicht nehmen, und unsere Ansichten dürfen ihm nicht gleichgültig sein. Schließlich ist Herr K. doch auch ein Pole . . . und es ist bekannt, daß der Mensch nicht allein vom Brod lebt! Das tägliche Brod wird Herr K. hier finden, doch muß er auch genügend Rücksicht auf die öffentlichen Angelegenheiten nehmen. Im Liebhabertheater haben wir Herrn K. auch nicht bemerkt, und eben an diesem Tage war es doch die beste Gelegenheit, sich den Landsleuten zu zeigen und zu erkennen zu geben. Es waren über hundert Personen anwesend, darunter welche aus Szczepanowice, Wojtowowice und Winau.

(Wir bringen den vorstehenden Brief den Lesern mit dem Bemerken zur Kenntniß, daß er nicht das erste Zeichen der Unzufriedenheit über die außerordentliche Erhabenheit und in diesem Falle vollständig überflüssigen Diplomatie des Herrn K. ist; außerdem haben wir in Erfahrung gebracht, daß Herr K. die Mittheilung über die Eröffnung seines Geschäfts an die Polen der Stadt in deutscher Sprache und mit verdeutschter Unterschrift übersandt hat. — Die Red.)

Aus Nr. 80 der Gazeta Opolska
vom 6. Oktober 1902:

C h r o s j i t z.

Am Sonnabend und Sonntag, den 27. und 28. v. Mts. weilten in unserem Dorfe Manen. Nach der Sonntags-Predigt sprach unser ehrwürdige Herr

Propst sein Bedauern darüber aus, daß die Soldaten katholischer Konfession, trotzdem bei uns Sonntags Früh eine deutsche Andacht abgehalten wird, nicht zur Kirche kommandiert worden wären, sondern daß sie nur in ihren Quartieren „putzten“, „bürsteten“, sowie „Pferde beschlugen“ und Nachmittags in die Kneipe gingen. Ferner forderte der ehrwürdige Herr Propst seine Gemeindeglieder auf, zu zeigen, daß unser Dorf ein katholisches Dorf ist und seine Einwohner gleichfalls eifrige Befenner unseres heiligen Glaubens sind.

Montag Früh fand der Ausmarsch der Mänen auf dem Wege nach Oppeln zu statt. Ich unterhielt mich gerade mit Jemandem, als plötzlich ein Höllelärm an mein Ohr schlug. Ich erschrak förmlich und dachte, es wären vielleicht Tartaren in unser Dorf eingefallen oder es sei sonst etwas Außergewöhnliches passiert. Doch nein; es waren nur die Schulkinder, die aus vollem Halse „Hurrah“ schrien, weil die Mänenabteilungen soeben an der Schule vorbeiritten. Was für einen Zweck das erschütternde Geschrei der Schulkinder haben sollte, weiß ich nicht, vielleicht sollte es den Mut der vorbeireitenden „Vaterlands“-Verteidiger auffrischen.

Doch handelt es sich hier weniger um die Mänen. Der Anblick durchmarschirender oder bei uns in Garnison liegender Soldaten interessiert uns nicht in dem Maße, daß es uns zu dieser Mittheilung an die Leser der Gazeta veranlassen könnte. Dieser Mittheilung liegt eine andere Absicht zu Grunde. Der Sonntag vom 28. v. Mts. veranschaulichte uns in treffender Weise, wie es in unseren Gebieten aussehen könnte, wenn wir uns von dem Zivilisationsgeist dieser Art beherrschen lassen würden. Das Beschlagen der Pferde am Sonntage und das fortwährende Herumführen derselben, Hammerschläge und das Dröhnen des Ambosses, das man sogar in der Kirche hören konnte, die Stimme des Seelforgers, der die Gläubigen zum Aufstehen als eifrige Katholiken aufforderte — das ist eine vollkommene Illustration der religiösen Verhältnisse, wie man sie inmitten eines gewissen Theiles der Katholiken antrifft. Deshalb Vorsicht, Polen! Wenn wir das Fortschreiten der Germanisation zulassen, und wenn wir uns nicht um die Verbreitung volksheimlicher Zeitschriften bemühen, dann treten schon bei der zweiten oder dritten Generation dieselben Verhältnisse dauernd ein, als wie wir sie an dem denkwürdigen Sonntage vom 28. v. Mts. zu beobachten Gelegenheit hatten.

Aus Nr. 80 der Gazeta Opolska
vom 6. Oktober 1902:

Aus Jlm en au in Thüringen theilt man uns Folgendes mit:

In der technischen Hochschule in Jlm en au besteht ein „polnischer Leseverein“ — czytelnia Polska. — Im Februar-Semester 1902 zählte der „Leseverein“ 12 ordentliche und 3 außerordentliche Mitglieder. Es wurden im Ganzen 19 Sitzungen abgehalten. Die Bibliothek enthält im laufenden Semester 335 wissenschaftliche Werke. Auf 11 Zeitschriften wurde abonniert und außerdem erhielten wir noch einige Zeitschriften umsonst. An Einnahmen waren 79,25 Mark und an Ausgaben 72,35 Mark zu verzeichnen, so daß in der Kasse ein Bestand von 2,36 Mark verblieb. Das Kapital der mit dem „Leseverein“ verbundenen Darlehnshilfskasse vermehrte sich im laufenden Semester um 12,50 Mark und wird am Schluß des Semesters 72,35 Mark betragen. Nähere Mittheilungen über

den Verein ertheilt bereitwilligst der Vorstand des „Lesevereins“. Adresse: „Czytelnia Polska“, Jlm en au in Thr. „Erholung“.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 231 des Dziennik Berlinski
vom 5. Oktober 1902:

In Posen wird mit dem Niederreißen der Festungswälle wahrscheinlich schon im Frühjahr nächsten Jahres begonnen werden. Es fallen nur die Wälle, welche den links von der Warthe liegenden Stadttheil umgeben, während dagegen der polnische Stadttheil Posens — die Wallischei und Schrodka — welcher am rechten Ufer der Warthe liegt, von dieser Wohlthat ausgeschlossen bleibt.

Ist das nicht auffallend? Der polnische Stadttheil kann untergehen, wenn nur die hierher kommenden Deutschen, sich in den neuen Stadttheilen breit machen können.

Aus Nr. 234 des Dziennik Berlinski
vom 9. Oktober 1902:

Bei uns ist es anders.

Leider anders.

Um uns herum siedet und braust das politische Leben.

Die großen und kleinen deutschen Parteien halten schon seit langer Zeit Herzscha über ihre Kräfte ab, mobilisiren und kräftigen sie und stellen die Schlachtordnung für die kommenden Kämpfe auf, die nicht mehr fern sind.

Ob Sozialdemokraten, ob Freisinnige, oder schließlich unsere Spezialfeinde, die Kakatisten, welche es übrigens nur unserer Unthätigkeit und Trägheit zu verdanken haben, daß sie heute eine politische Macht bilden, sie alle treffen Vorbereitungen für die kommenden Wahlen. Die Abgeordneten rufen Versammlungen ein, in denen sie Bericht erstatten und suchen sich den bisherigen oder zukünftigen Wählern zu nähern und sich mit ihnen zu verständigen; sie werben Parteigenossen und suchen die Gegner zu bekämpfen. Die Lokal- und Kreiskomitees halten Informations- und Agitationsversammlungen und die Kakatisten ihre Graubenzler bezw. Danziger „Tage“ ab, — nur bei uns herrscht eine Stille, als ob Alle schliefen.

In der letzten Zeit haben sich so viele wichtige Sachen zugetragen, so z. B. die Posener Festtage und dann die kakatistische Revue; für den zu Ende gehenden Reichs- und Landtag sowie auch für den zukünftigen, werden neue unser Schicksal betreffende Kämpfe angekündigt, aber bei uns „ist es überall still und ruhig.“

Wenn man die Zeitungen nicht lesen und nicht an eigener Person die harte Bedrängnis in allen Lebenslagen, in der wir leben, empfinden würde, dann könnte es beinahe scheinen, als trübe keine einzige unheilverkündende Wolke den polnischen Horizont. Mehr oder weniger endet die ganze Sache in eine Reihe erschöpfender Artikel der polnischen Zeitungen; von einer elementaren egoistischen Bewegung im Volke, die sich in den eigens dazu einberufenen Versammlungen in flammenden Protesten gegen alles das, was gegen uns unternommen ist und unternommen werden soll, zu erkennen gäbe, ist keine Rede. Und trotzdem die Wahlen vor der Thür stehen, hat noch niemand darüber nachgedacht.

Wenn wenigstens nach Beendigung der Sommeression des Reichs- und Landtages auch nur einer unserer Abgeordneten eine Berichterstattungsversammlung einberufen und seine Wähler über das Wirken der gesetzgebenden Korporation informirt hätte, zu der sie ihn abgesandt haben, damit er ihnen darüber Bericht erstatte, was er ausgerichtet habe und was er nicht hat ausgerichten können; wenn auch nur einer die Meinung seiner Wähler über die verschiedenen auf der Tagesordnung stehenden politischen Fragen, wie z. B. den Zolltarif u. s. w. sondirt hätte — nichts von alledem ist geschehen.

Wir befinden uns am Vorabende aller möglichen Erwartungen. Die eventuelle Verwerfung der Zolltarisvorlage kann auf die Beschleunigung der Neuwahlen einen bedeutenden Einfluß ausüben, und schließlich, was ist bei dem heutigen Kurse in Preußen — in Deutschland nicht noch alles möglich?!

Sind wir denn auf die eventuellen unverhofften Ereignisse, oder wenigstens auf die kommenden Wahlen irgendwie vorbereitet?

Nein! Wir wiederholen es, daß bei uns noch niemand über die kommenden Wahlen nachgedacht hat, obgleich sie für uns Polen im preussischen Gebiete eine ungeheuer wichtige Angelegenheit bilden, denn es handelt sich nicht nur um die Wahl einer Anzahl Abgeordneter, sondern darum, daß jeder Pole an der Wahlurne erscheine und dadurch das Nationalbewußtsein in jedem polnischen Hause gestärkt werde; schließlich handelt es sich auch darum, die Kräfte zu zählen und sich zu überzeugen, ob sie zunehmen, was gerade gelegentlich der politischen Wahlen auf die leichteste und bequemste Weise geschehen kann.

Vielleicht ist es aber möglich, daß bei uns mindestens in der Stille, ohne Widerhall in der Öffentlichkeit etwas gethan wird, um die kommenden Wahlen vorzubereiten und die Wahlorganisation zu vervollständigen und zu verbessern?

Wir wissen positiv, daß auch das nicht geschieht.

Waher kommt denn nur diese Ruhe und Unthätigkeit?

Sollten sie dem Gefühle unbefiegbaren Kraft des polnischen Volkes entspringen, die ungeachtet aller schwierigen Verhältnisse aus den kommenden bedrückenden Wahlen siegreich hervorgehen muß?

Wohl nicht, denn das wäre angesichts der nackten Wirklichkeit und unserer entsetzlichen Lage eine sündhafte Ueberschätzung der Kräfte.

Aber vielleicht ist es ein Zeichen der Siegergebung dem harten Schicksale, welches sich in der Gleichgültigkeit gegen alles, was gegen das polnische Volk unternommen wird, und in einer durch die überaus zahlreichen schweren Niederlagen, die es in der letzten Zeit erlitten hat, verursachten Betäubung äußert?

Auch das ist nicht die Ursache dieser Unthätigkeit.

Nach unserer Meinung sind es mehrere Ursachen.

Zuerst läßt diese traurige Erscheinung die bekannte polnische Bequemlichkeit erkennen, sodann die Unlust zu andauernder, langwieriger und systematischer Arbeit, die auch in der Politik durchaus erforderlich ist und die wichtigste Grundlage des Erfolges bildet; ferner jenes verhängnisvolle „es wird schon wieder werden,“ das bei uns jede Aktion, sei es auch in den wichtigsten Angelegenheiten, fast auf den letzten Augenblick verschiebt, so daß nur der Zufall über den Erfolg oder Mißerfolg entscheidet, und schließlich die veraltete Routine, welche sich

weniger in der Mangelhaftigkeit unserer Wahlorganisation, als in dem fehlerhaften System ihrer praktischen Anwendung zeigt.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 235 des Ogedownik

vom 11. Oktober 1902:

Eine Genossenschaftsbäckerei begründen die Sozialdemokraten in Rosen. Zum Komitee gehören: Czech, Dorna, Gogowski, Majewski und Werse. Die Genossenschaft beabsichtigt die Teigbereitung durch Maschinen bewirken zu lassen. Einer der Leiter der Genossenschaftsbäckerei in Breslau theilte mit, daß die Breslauer Bäckerei vorzüglich prosperirt; sie beschäftigt 13 Gesellen, besitze einige Verkaufsläden und habe in den einhalb Jahren ihres Bestehens einen Umsatz von 130 000 Mark gehabt. Der Genossenschaftsantheil betrage 5 Mk. und das Eintrittsgeld 50 Pfennige.

Aus Nr. 15 der Gazeta Ludowa

vom 12. Oktober 1902:

Opalenika, im Oktober.

Die Gazeta Ludowa, welche von unserem Genossen K. unter uns verbreitet wird, hat so Manchem von uns die Augen hinsichtlich dieses verdrehten Wirkens des Bürgerthums und der Geistlichkeit geöffnet, sodaß auch unser Propst einige Abonnenten auf den das arbeitende Volk verdummenden Przewodnik Katolicki verloren hat.

Am Sonntag, den 28. September gingen wir in die Kirche um von der Kanzel „das Wort Gottes“ zu hören, doch wurden uns anstatt der Lehre Gottes Schmähungen über die Sozialdemokraten gepredigt.

Man muß den so sehr „aufgeklärten“ Propst bemitleiden, der uns predigt, daß es den Sozialdemokraten nur um das „kommende Reich“ zu thun sei, daß sie Gotteslästerer seien, weil sie erklären, daß es eine Hölle nicht gäbe, und daß sie durchaus unmoralische Leute seien. Ein moralischer Mensch sei nur derjenige — sagt der Geistliche — der allen irdischen Gütern und allen Vergnügungen entsagt, der mit Geduld und ohne Murren die Noth und alle Unglücksfälle, die ihn im Leben treffen, erträgt. Er sagte, daß ein moralischer Mensch sich niemals gegen seine Obrigkeit erheben dürfte, vielmehr müsse er den weltlichen und kirchlichen Behörden, also dem Kaiser, dem König, den Beamten, dem Papst, dem Bischof und den Geistlichen, sowie allen denjenigen Herren, unter deren Gewalt er steht, blindlings gehorchen. Die Sozialdemokraten achten die Obrigkeit nicht, sondern treten dieser entgegen und wiegeln das arbeitende Volk dazu auf, deshalb sind sie unmoralische und durchaus böse Leute, weshalb man sich vor ihnen wie vor dem Satan hüten müsse und zwar um so mehr jetzt, weil die Wahlen vor der Thür stehen. Es ist bekannt, daß es sich jetzt darum handelt, den Getreidezoll durchzuführen und unsere polnische Fraktion ist für den Zoll, deshalb sind wir verpflichtet, treu zu ihr zu stehen und bei den Wahlen nur für unsere lieben polnischen Abgeordneten zu stimmen, denn wenn der Getreidezoll durchgeht, so wird es jeder Bauer besser haben, weil das Getreide dann theurer sein wird.

Holla, armer Pfaffe! Also deiner Meinung nach ist der moralisch, der wie ein Ochse arbeitet und an eine bessere Zukunft für sich und seine Kinder nicht denkt, der wie ein Sklave nur auf die Befehle

seiner Herren hört. Moralisch ist deiner Meinung nach, ehrwürdiger Pfaffe, auch der, der solche Abgeordnete wählt, die für die Vertheuerung des Brotes einstehen.

Mag dieses Moralischsein der Teufel holen, wir wollen davon nichts hören, denn es ist böse, in ihm steckt Falschheit und Heuchelei!

Jetzt ist uns klar, weshalb die Sozialdemokraten einer solchen pfaffischen Moralität entgegen treten. Die sozialdemokratische Lehre von der Moralität ist eine andere. Sie sagt: „Thue deinem Nächsten, was du selbst erstrebst, auf daß es auch dir bei gleicher Gelegenheit gethan wird.“ Willst du also gebildet sein, so strebe danach, daß die Ausbildung für Alle sein möge; willst du frei sein, so strebe danach, daß auch die Anderen frei werden; willst du nicht ausgebeutet sein, so heute Andere nicht aus; willst du nicht ganze Jahre unnötig beim Militär verbringen, strebe darnach, daß auch die Anderen nicht unnötig die Zeit verbringen, kämpfe gegen den Militarismus, denn wenn der Militarismus verschwindet, dann brauchst auch du nicht mehr beim Militär zu dienen; willst du Fleisch und Brot essen, so strebe danach, daß auch die Anderen auf diese Weise dazu kommen, kämpfe gegen alle Getreidezölle, verdamme die polnischen Abgeordneten, die für die Vertheuerung des Brotes und dergleichen eintreten.

Das ist die sozialdemokratische Moralität, in der sich auch nicht ein Schatten von Falschheit und Heuchelei findet, in der die Liebe des Nächsten gleichsam wie die Sonne glänzt.

Und du armer Pfaffe erdreistest dich, solche Leute zu verdammen und das Wählen von aristokratischen Abgeordneten, die für die Vertheuerung sind, eine moralische Sache zu nennen? Weißt du denn nicht, daß die Bedrückung des armen Volkes eine zum Himmel um Rache schreiende Sünde ist! Also deiner Meinung nach ist das Belügen, Verdammn und schmutzige Ausbeuten des armen Volkes keine Sünde und dafür giebt es für euch keine Hölle! Aber dafür droht ihr dem armen Arbeiter mit der Hölle, wenn er im Blute und Schweiß um das Stückchen Brot arbeitet und sich erlaubt, um sein ihm zustehendes Recht und um seine Bezahlung vorstellig zu werden! Und dieses Stückchen Brot wollt ihr ihm entreißen, ist das nicht ein Verbrechen? Hat euch denn der Herrgott aus anderer Erde gemacht, wie! Was?

Aber wir wissen, armer Pfaffe, weshalb du uns diese bürgerliche Moralität, die wir Gesetzwidrigkeit nennen, anempfehlst. Du bist doch Staatsbeamter, bekommst von der Regierung dein Gehalt. Du stammst aus der bürgerlichen Familie und bist verwandt mit ihr, deshalb mußt du ihre Seite halten und ihre Haut schützen. Aber erfahre auch davon, lieber Propst, daß wir Arbeiter uns länger nicht mit der Hölle drohen lassen, denn unsere Forderungen sind recht und gerecht, aber wir rathen dir, wende dich mit deiner Drohung an diejenigen Herren, die uns auf eine ungeheure Weise ausbeuten und bedrücken.

Mehrere Arbeiter.

Aus Nr. 8 des Przedświt

für August 1902:

Auf Sonntag, den 10. August cr. wurde die Konferenz der deutschen Sozialdemokraten Oberschlesiens unter Führung des sozialdemokratischen Dr. Winter nach Brudnik einberufen, um hauptsächlich zu der Resolution der Oswiencimer Kon-

ferenz der polnisch-sozialdemokratischen Partei Oberschlesiens Stellung zu nehmen. Zu der Konferenz erschienen 23 Delegirte aus 7 ober-schlesischen Wahlbezirken. Aus fünf (von 8) polnischen Wahlbezirken war kein Delegirter erschienen. Als Vertreter der polnisch-sozialdemokratischen Partei waren gegenwärtig:

Genosse Biniżkiewicz aus Berlin vom Parteivorstand und Genosse Trombalski aus Kattowitz von der Zentral-Agitations-Kommission für Oberschlesien.

Anfangs hat Dr. Winter den Genossen Merkowski ganz privatim eingeladen, der als „Vertreter“ (!) des Vorstandes der polnisch-sozialdemokratischen Partei figuriren sollte; erst nach der Erklärung in der Gazeta Robotnicza, daß von einer Einladung des Vorstandes der polnisch-sozialdemokratischen Partei Niemandem etwas bekannt sei, wandte sich Dr. Winter offiziell an den Vorstand der polnisch-sozialdemokratischen Partei mit dem unverschämten Verlangen, den Genossen Merkowski ebenfalls zu entsenden. Der Parteivorstand hat dem Verlangen des Dr. Winter nicht entsprochen, sondern entsandte einen Vertreter nach seinem Belieben.

Anfangs sollte die Konferenz in dem Arbeiterkasino stattfinden. Da jedoch der überwachende Polizeibeamte die Versammlung und zwar durchaus ungefährlich auflöste, begaben sich die Teilnehmer über die Grenze, nach dem Dorfe Badzdorf, wo die Konferenz schließlich in aller Ruhe stattfinden konnte.

Nach längerer Diskussion wurde mit 18 gegen 4 Stimmen folgender Antrag des Dr. Winter angenommen:

„Die sozialdemokratische Konferenz für Oberschlesien erklärt, daß sie die Resolution der Oswiencimer Konferenz hinsichtlich der Kandidaturen nicht anerkennt. Sie spricht die Erwartung für die Herbeiführung einer Einigung mit den Vertretern der polnisch-sozialdemokratischen Partei aus. Sollte jedoch eine Einigung nicht zu Stande kommen und die in Oswiencim aufgestellten Kandidaturen aufrecht erhalten werden, so werden die Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie ihre Kandidaten selbst wählen.“

Nach Annahme dieser Resolution haben unsere Genossen den Saal verlassen. Der Genosse Biniżkiewicz hat erklärt: „Die Konferenz hat, unserer Meinung nach, die Resolution angenommen, weil die deutschen Genossen glauben, daß sie das materielle Uebergewicht haben. Ihr irrt Euch aber hinsichtlich unserer Entwicklung. Ihr könnt diese Entwicklung hindern; aber der Emanzipation des polnischen Proletariats werdet Ihr keine Hindernisse legen.“

Man muß anerkennen, daß Dr. Winter auf alle Vorwürfe der Vertreter der polnisch-sozialdemokratischen Partei kein Wort der Erwiderung fand, vielmehr kam er nur zum Verlesen des Briefes des deutschen Parteivorstandes, daß „er sich nicht nach den polnischen Genossen umsehen solle“, daß er also nach der Anweisung von oben her gehandelt habe. Der Genosse Reich bedauerte dann, daß man die Beschlüsse der Versammlung in Lubec umstoßen und daß man mit der polnisch-sozialdemokratischen Partei als mit einer gleichen, selbstthätigen Organisation verhandeln müsse. Im Verlauf der Konferenz wurden in den ober-schlesischen Wahlbezirken folgende Kandidaten aufgestellt: Kreuzburg-Rosenberg:

Wilhelm Reich, Maler. — Unser Kandidat ist Verfus.

Oppeln:

Paul Badurzek, Bergmann. — Unser Kandidat ist Trabalski.

Gr. Strehlitz-Kosel:

Alimanski, Bergmann. — Unser Kandidat ist Binizkiewicz.

Zublinitz-Lost-Gleiwitz:

Dr. Winter. — Unser Kandidat ist Verfus.

Reuthen-Tarnowitz:

Dr. Winter. — Unser Kandidat ist Broja.

Rattowitz-Zabrze:

Pokorny, Bergmann. — Unser Kandidat ist Morawski.

Pieß-Rybnik:

Scholtyssek, Bergmann. — Unser Kandidat ist Broja.

Katibor:

Anton Bujak, Tischler. — Unser Kandidat ist Morawski.

Sämmtliche von Winter aufgestellten Kandidaten sind eine komplette Null, denn von ihrer Thätigkeit hat noch Niemand je etwas gehört. Reich ist ein Maler aus Berlin, der erst seit einigen Monaten in Königshütte wohnt. Pokorny ist Deutscher und stammt aus Ostpreußen. Er wie Reich und die übrigen von Winter aufgestellten Kandidaten verstehen nicht polnisch. Was die Gegenüberstellung eines Gegenkandidaten dem im Gefängniß sitzenden Genossen Morawski betrifft, so kann man dies nicht anders als eine Niederträchtigkeit nennen, welche die moralische Physiognomie des Herrn Winter richtig charakterisiert. Mit wirklicher Befriedigung erwähnen wir auch die Thatsache, daß die deutschen Arbeiter gegen die Kandidatur des Pokorny protestirt haben. Desgleichen haben der Genosse Bittau und 27 andere Genossen aus dem Wahlbezirk Rattowitz-Zabrze an den deutschen sozialdemokratischen Parteitag in München einen Protest gegen die Kandidatur für den Wahlbezirk Rattowitz-Zabrze, wie sie auf der Konferenz in Baddorf beschlossen worden ist, gesandt und die Abänderung des dort gefaßten Beschlusses verlangt.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 478 des Dziennik Polski

vom 14. Oktober 1902:

Aus Großpolen. Vorschlag zur Satzungenänderung der polnischen Fraktion.

Der deutsche Reichstagsabgeordnete für die Stadt Posen, Herr Bernhard v. Chrzanowski, brachte in dem Kurier Poznański einen Artikel, in welchem er die Aenderung der Satzungen der polnischen Reichstagsfraktion anregte. Als Anhaltspunkt seines Vorschlages wählte sich v. Chrzanowski die neue Zolltarifvorlage. Er weist nach, daß das Stimmen der polnischen Fraktion für die Erhöhung der Getreidezölle den Interessen der Arbeiter, namentlich denjenigen des obererschleischen Volkes schaden würde. Die polnischen Abgeordneten seien, gerade in dieser Angelegenheit, in einer schwierigen Lage und mancher werde nicht aus und nicht ein wissen, wenn er auf Grund der Solidarität gezwungen sein sollte, für die Erhöhung der Getreide-

zölle zu stimmen. Der Abgeordnete v. Chrzanowski schlägt deshalb eine Aenderung insoweit vor, als die Fraktionssolidarität nur in Nationalsachen bindend sein solle, während in wirthschaftlichen Fragen jeder Abgeordnete vollste Freiheit haben solle. Dieser anscheinend gerechtfertigte Vorschlag birgt jedoch eine große Gefahr für die Einmüthigkeit und das Ansehen der polnischen Fraktion in Berlin in sich. Es ist ja bekannt, wie eng in der Politik die nationalen Fragen mit den wirthschaftlichen verbunden sind, wie schwierig es mitunter ist, zu entscheiden, ob eine Sache national oder wirthschaftlich sei. In den Parteikämpfen dient oftmals eine Sache rein wirthschaftlicher Natur als Trümpf zur Gewinnung nationaler Vortheile. Deshalb erscheint uns der Vorschlag des Abgeordneten v. Chrzanowski unter den jetzigen parlamentarischen Verhältnissen mindestens verfrüht, denn er könnte nicht nur die Fraktion als solche lockern, sondern auch gleichzeitig den Keim zu Mißverständnissen und zur Zwietracht in die breiten Schichten der Gesellschaft hineintragen, welche heutzutage in allen Richtungen des öffentlichen Lebens solidarisch vorgehen muß. Im Uebrigen wollen wir die Posener Pressstimmen in dieser Sache abwarten.

Aus Nr. 9, Jahrgang VIII des Przegląd Wszechpolski
für den Monat September 1902:

Die Posener Festlichkeiten, die Kaiserrede und die Stellung der Polen.

Die Reise Wilhelms II. nach Posen gewann eine derartige Bedeutung, daß sie die Aufmerksamkeit der ausländischen Presse auf sich lenkte und daß einige deutsche und englische Blätter ihre eigenen Berichterstatter zu den Posener Festlichkeiten entsendet hatten. Es wurde laut angekündigt und diese Ankündigung ist seitens der Regierungskreise nicht in Abrede gestellt worden, daß Kaiser Wilhelm in Posen die in Marienburg angeregten Losungen weiter entwickeln und in der Polenfrage eine Programmrede gehalten werde. Eine besondere Tragweite sollte der Rede die Anwesenheit der russischen und österreichischen Thronfolger in Posen verleihen. Wilhelm II. wollte die Ankunft der Prinzen zu den Manövern ausnützen und — um die Ansicht seiner Gäste sich nicht kimmernd und vielleicht sogar gegen ihren Willen — ein neues „heiliges Bündniß“ gegen die Polen vor die Augen führen.

Die katapultischen Blätter haben jedoch zu früh diesen Gedanken bekannt gemacht und Schlußfolgerungen aus ihm gezogen. Der österreichische Thronfolger reiste nicht nach Posen, sein jüngerer Bruder vertrat ihn, welcher sich direkt auf das Manövergelände begab, ohne die Hauptstadt Großpolens zu betreten. Der russische Großfürst erschien ebenfalls nicht. Lediglich aus nachbarlicher Zuorkommenheitspflicht und auf dringende Bitten Kaiser Wilhelms, — was sogar später in den halbamtlichen russischen Nachrichten, entgegen den im diplomatischen Verkehr angenommenen Sitten, sehr deutlich hervorgehoben wurde — erklärte sich der Czar damit einverstanden, daß der alte Generalgouverneur und Kommandirende General des Warschauer Militärbezirks, Fischerkow, an der Spitze einer aus über dreißig Offizieren bestehenden Deputation, den Vertretern von solchen Regimentern, deren Titularchefs verschiedene Prinzen des preußischen Königshauses sind, nach Posen entsendet wurde. Dies war die erste Enttäuschung, welche Wilhelm II. und die von den Posener Festlichkeiten sich viel versprechenden

Sakatisen erfuhren. Trotz der größten Liebenswürdigkeit des kaiserlichen Wirthes und der berechneten Erinnerung an die Waffenbrüderschaft, trotz der vorzüglichen Getränke, welche das Russenherz des Generals hätten erwärmen und seine Zunge lösen können, schwieg der alte Tschertkow hartnäckig oder er bediente sich, wahrscheinlich der ihm erteilten Instruktion entsprechend, allgemeiner Redensarten in generalamtlichem Stil.

Die russischen Offiziere dagegen, nach ihren Namen zu schließen, überwiegend Polen, was sicherlich kein Zufall war, stiegen in dem polnischen Bazar ab und waren, wie die deutschen Blätter behaupten, gegen die polnische Bevölkerung sehr entgegenkommend.

Was man auch in Reval gesprochen haben mag und was auch immer die polnische Frage zur Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen Preußen und Rußland sicherlich beiträgt, im vorliegenden Falle haben die Russen den kaiserlichen Diplomaten überlistet (*pierechitrili*). Die traditionelle Freundschaft und die uralte Waffenbrüderschaft ist auch für Rußland werthvoll und unter der Sonne ist nichts von Bestand. Die russischen Politiker haben es recht gut verstanden, daß es, ganz abgesehen von der Rücksichtnahme auf Frankreich, für Rußland von Vortheil wäre, sich das Wohlwollen der Polen in den preussischen Landestheilen mit billigen Kosten, ja sogar eigentlich ohne Kosten zu sichern. Sie haben ja nichts gegeben, nichts versprochen, sie haben sich nur von der ausdrücklichen Solidarisirung mit der antipolnischen Politik der preussischen Regierung und derjenigen Kaiser Wilhelms zurückgezogen.

Eine noch empfindlichere Enttäuschung, als diejenige der ungetreuen Bundesgenossen, bereitete dem Kaiser Wilhelm und den preussischen Politikern die polnische Gesellschaft. Mit einer in solchen Fällen ungewöhnlichen Solidarität, mit Würde und Ruhe hat sie sich von der Betheiligung an den Posener Festlichkeiten zurückgezogen und die ernste Manifestation durch keinen Uebergriß gestört. Das Verhalten der polnischen Gesellschaft beweist, daß sie die im politischen Leben so wichtige und für uns mit Rücksicht auf unseren nationalen Charakter so schwer zu erringende Tugend der Disziplin besitzt. Man hat sich in Berlin noch einmal überzeugt, daß sich der Charakter der Polen in der harten Schule der preussischen Bedrückung geändert hat, daß er, ohne seine guten Eigenschaften einzubüßen, an Beständigkeit, Ausdauer, Ruhe und Ansehen gewonnen hat. Abweisungen von den Erfordernissen der nationalen Disziplin können wir buchstäblich an den Fingern aufzählen. Sogar von den polnischen Hofbeamten sind einige während des Aufenthaltes Wilhelms II. in Posen absichtlich verreist und einer von ihnen, Graf v. Zoltowski, ist, trotz Aufforderung, nicht erschienen, wofür er seiner Würde als Kammerherr verlustig ging, dafür aber den Namen eines guten Polen erhielt. Auch der Herr Erzbischof von Stabiewski erschien nicht zur Begrüßung des Kaiserspaars und er wurde erst auf ausdrücklichen Befehl Wilhelms II. herbeigeholt. Die Berichterstatter und andere Augenzeugen bekunden, daß sogar die Tribünen während des Festzuges ziemlich leer waren und in dem Straßengedrange sich jeder frei bewegen konnte, obwohl einige Tausend Deutsche aus der Provinz nach Posen geschafft wurden.

Wilhelm II. war sichtlich erzürnt und finster, seine Umgebung vor den Kopf gestoßen. Man rechnete auf die Leichtfertigkeit und Hastigkeit des polnischen Charakters, man hoffte, daß die Neugierde die Menge anlocken werde, oder daß die Polen irgend-

eine öffentliche Kundgebung veranstalten würden. Beide Annahmen täuschten. Die Polen haben sich nur zurückgezogen, aber sie haben das so geschickt und einmüthig gethan, daß ihre Abwesenheit für Jedermann sichtbar war. Unter solchen Umständen wäre eine Fortsetzung der hochtrabenden Marienburger Rede einfach lächerlich gewesen. Dies hat sogar Kaiser Wilhelm, welcher für Lächerlichkeiten nicht sehr empfänglich ist, begriffen. Er hat Stimmung und Phantasie verloren. Seine Rede, in welcher er den Polen — ohne sie übrigens zu nennen — die Versicherung giebt, daß die preussische Politik den Katholizismus nicht bedrohe, in welcher er ihnen gnädigst gestattet, ihre geschichtlichen Ueberlieferungen zu pflegen, wenn sie nur in politischer Hinsicht gute Preußen sein wollten, bedeutet ein langsames sich Zurückziehen aus der früher eingenommenen Stellung. Dies wird von den, mit der Posener Rede Wilhelms II. unzufriedenen sakatistischen Blättern festgestellt. Auf die polnische Gesellschaft blieb die Rede ohne jegliche Wirkung, obwohl einige deutsche und österreichische Blätter die Worte des Kaisers als eine gnädige Aufforderung der Polen zur Aussöhnung mit der preussischen Monarchie auslegten. Es wurde sogar angekündigt, daß in der Behandlung der Polen gewisse Aenderungen eintreten würden, obwohl das politische System einer grundsätzlichen Aenderung nicht unterzogen werden würde, daß Personalveränderungen ebenfalls im Bereiche der Möglichkeit lägen, weil der Kaiser mit den höheren Beamten in den polnischen Provinzen, welche es zu einer derartigen Zuspitzung der Verhältnisse haben kommen lassen, nicht zufrieden sei. Die Polenpolitik der preussischen Regierung hat die Grenze, außerhalb welcher eine weitere Thätigkeit in der gewählten Richtung zum offenbaren Nuisum oder zur offenbaren, nicht nur die einzelnen Gesetzesbestimmungen, sondern auch die ganze staatsrechtliche Ordnung vergewaltigende Gesetzlosigkeit wird, noch nicht erreicht, doch ist sie nicht weit davon entfernt. Sobald sie die Grenze erreicht haben wird, wird sie den Rückzug antreten müssen, denn die Anwendung von regressiven, nach der Unterdrückung der Revolution oder des Aufstandes praktizirten Ausnahmemitteln wird sich offenbar angesichts des in seinem Wesen gesetzlichen und ruhigen, gleichzeitig auch männlichen und dauerhaften Widerstandes der polnischen Bevölkerung als unmöglich erweisen.

Wer weiß, ob die Leiter der preussischen Politik sich nicht zum Rückzuge entschließen würden, wenn sie es nicht einsähen, wenn sie nicht befürchteten, daß in dem herrschenden System jeder Schritt nach rückwärts für die polnische Bevölkerung gleichzeitig ein Schritt nach vorwärts in der Entwicklung ihrer nationalen Kräfte sein würde. Die beiden kämpfenden Parteien, in Schlachtlinie aufgestellt, sechten fast Brust an Brust. Hier und dort sind fast alle verfügbaren Kräfte nicht nur mobil gemacht, sondern auch ihre Energie ist geweckt und ihnen ein Lauf gegeben worden, welcher, wenn der ihn aufhaltende Widerstand nachläßt, zur Einnahme der von dem sich zurückziehenden Gegner verlassenen Posten, zu immer neuen Errungenschaften, zu neuen Siegen drängen wird. Die national-polnische Bewegung und das preussische System messen ihre Kräfte. Auf deutscher Seite ist die Uebermacht, welche jedoch nicht voll und ganz und nicht immer mit Erfolg gegen unsere „Imponderabilien“ verwendet werden kann. In den letzten wenigen Jahren hat sich das politische Selbstbewußtsein der polnischen Gesellschaft in den preussischen Landestheilen so geklärt und ist so gereift, die Verhältnisse haben sich derart geändert, daß eine wirkliche Um-

sehr in dem Regierungssystem in unserem Lager wohl keine Verwirrung mehr hervorbringen kann. Infolge der letzten Rede Wilhelms II. und namentlich ihrer Kommentare kamen Versöhnungsversuche zum Vorschein, jedoch in so geringem Umfange, daß der gesunde gesellschaftliche Organismus sie ohne Anwendung energischerer Mittel los geworden ist.

Aus Nr. 8 des Przedświt
für August 1902:

Am 13. August fand auf Veranlassung der polnisch-sozialdemokratischen Partei in Philadelphia eine große Volksversammlung statt, an welcher die Polen ohne Partei-Unterschied theilnahmen. Die Redner waren: Genosse Borylawski, Geistlicher Monkiewicz, Genosse Dr. Człapas und Geistlicher Madziszewski. Auf dieser Versammlung wurde folgende Resolution beschlossen, um deren Wiederholung wir von unserer Partei in Philadelphia gebeten worden sind:

1. „Die polnische Nation, auf die niederträchtigste Weise zerrissen worden, durch Grenzpfähle getrennt und in der ganzen Welt zerstreut, fühlt sich Eins und stellt ein nicht getheiltes Ganze dar, weshalb sie auch gegen die in den letzten Zeiten an unseren Landsleuten in den drei Landestheilen ausgeübten Gewaltthaten protestirt.

2. Sie verurtheilt mit Entrüstung das Urtheil der preussischen Richter über die polnischen Mütter und Kinder in Breschen, über die Redakteure der

Gazeta Robolnicza in Rattowitz und mit der allergrößten Entrüstung protestirt sie gegen die vor Kurzem von dem Einen der Tyrannen unserer Landestheile, dem deutschen Kaiser Wilhelm II. in Marienburg gehaltene antipolnische Rede.

3. Die Versammlung spricht ihre Verachtung den allergrößten russischen Tyrannen aus, die sich in der letzten Zeit zum Mord und zu Inhaftirungen, wie in Warschau, Wilna, Pultawa und verschiedenen anderen Orten, herabließen, um dadurch den schmutzigen Despotismus zu erhalten.

4. Desgleichen spricht sie ihre Verachtung der österreichischen Regierung für die Morde und Inhaftirungen in Lemberg am 2. Juni 1902 aus, wo mehrere Tode und einige zehn Verwundete blieben.

5. Schließlich spricht sie ihre Verachtung dem polnischen Adel aus, der als der „Vertreter des polnischen Volkes“ in den preussischen und österreichischen Parlamenten die Rechte der polnischen Nation vertheidigen sollte, sich aber auf Seiten unserer Unterdrücker gestellt und sich als unser Verräther bewiesen hat.

Den allen Regierungen zum Opfer Gefallenen, als den wirklichen Kämpfern um die nationalen Rechte, spricht die Versammlung ihre Verehrung und tiefe Theilnahme aus.“

In der Versammlung wurden 12 Dollars für die politischen Verurtheilten gesammelt und dem Genossen Dembski zugesandt.

